



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
10963 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Katja Keul
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gudrun Kopp, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin

Stresemannstr. 94, 10963 Berlin
Telefon +49 (0) 30 – 2503-2331
Telefax +49 (0) 30 - 2503-2575
Bachmann@bmz.bund.de
www.bmz.de
Berlin, den 27. Januar 2010

Ihre Fragen Nr. 69 und 70 für die Fragestunde am 27. Januar 2010 (schriftliche Beantwortung)

Sehr geehrte Frau Keul,

Ihre Frage zur mündlichen Beantwortung beantworte ich wie folgt:

Frage 69: Wie stellt sich die Bundesregierung die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel geforderte Verzahnung der Arbeit der Bundeswehr und den zivilen Kräften der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan vor?

Frage 70: Von welchen Kriterien bezüglich der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr will die Bundesregierung die künftige Mittelvergabe an Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan abhängig machen?

Antwort:

Die Fragen 69 und 70 werden gemeinsam beantwortet:

Die Bundesregierung verfolgt in Afghanistan einen vernetzten zivil-militärischen Ansatz, der auf der Überzeugung basiert, dass Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind. Der Bundeswehr kommt im Rahmen dieses Ansatzes die Aufgabe zu, für ein sicheres Umfeld zu sorgen, in dem ziviler Wiederaufbau möglich ist.

Zivile und militärische Maßnahmen sind Teil einer Gesamtstrategie zur Schaffung selbsttragender Sicherheit und funktionstüchtiger staatlicher Strukturen. Jeder Verantwortungsbereich handelt dabei nach seinen Fähigkeiten und Kompetenzen auf ein gemeinsam festgelegtes Ziel hin.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung seit Beginn des deutschen und internationalen Engagements zivilen Wiederaufbau und Entwicklung ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt. Wegen der schlechten Sicherheitslage sind zivile Akteure aber auf die Präsenz internationaler Truppen angewiesen, bis afghanische Sicherheitskräfte selbständig für ein sicheres und stabiles Umfeld sorgen können. Dies ist Voraussetzung dafür, dass Entwicklungsprogramme nachhaltig Erfolg haben können.

Die Bundesregierung will sicherstellen, dass sich zivile und militärische Maßnahmen bei der Erreichung unseres Gesamtziels bestmöglich ergänzen. Das erfordert eine enge Abstimmung der einzelnen Maßnahmen. Konkret geschieht diese Verzahnung vor Ort über regelmäßige Treffen und Abstimmungsgespräche der Vertreter von Auswärtigem Amt, Bundeswehr, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der deutschen Polizei. Dieser Kreis stimmt die Tätigkeiten der im Auftrag der Bundesregierung in Afghanistan tätigen Organisationen aufeinander ab.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beabsichtigt, die für Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan zur Verfügung gestellten Mitteln stärker als bisher auf die Nordprovinzen und damit auf die Region zu konzentrieren, für die Deutschland auch militärische Verantwortung übernommen hat. Damit soll insbesondere hier eine verstärkte Flächenwirkung erreicht werden.

Freundliche Grüße



Gudrun Kopp